

## Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller\*in: BAG Demokratie und Recht  
Beschlussdatum: 25.03.2021

### Änderungsantrag zu PB.Z-01

#### **Von Zeile 29 bis 31 löschen:**

Ausgrenzung, Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden Worten Taten werden. ~~Die~~-Angriffe ~~von~~-Extremist\*innen, insbesondere von rechts, treffen unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim

#### **Von Zeile 33 bis 35:**

Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger\*innennahen Polizei und ~~einer~~ schnell handlungsfähigen, ~~starken~~unabhängigen Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

## Begründung

Es braucht den Begriff (Extremist\*innen) an dieser Stelle nicht, um deutlich zu machen, dass Hasskriminalität die Gesellschaft trifft. Demgegenüber ist die Erwähnung der Extremismustheorie durchaus kritisch zu sehen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte sich die Extremismustheorie nicht zu Eigen machen.

Unsere Justiz ist bereits handlungsfähig, das Problem ist, dass sie nicht immer schnell handeln kann.

Eine „starke Justiz“ klingt nicht sehr freiheitlich, wir sollten stattdessen betonen, dass wir die Unabhängigkeit der Justiz stärken wollen.